

Trotz wiederkehrender Initiativen, auch im halleschen Stadtrat, nimmt der Verpackungsmüll in Deutschland stetig zu. Kürzlich hat das Umweltbundesamt die Zahlen für anfallenden Verpackungsmüll für das Jahr 2019 mit 18,91 Millionen Tonnen angegeben (<https://www.umweltbundesamt.de/themen/abfall-ressourcen/produktverantwortung-in-der-abfallwirtschaft/verpackungen#undefined>).

Kommunen müssen erhebliche Kosten für die Müllentsorgung des öffentlichen Raums tragen. In Tübingen ist am 01.01.2022 die Verpackungssteuersatzung in Kraft getreten. In dieser erhebt die Stadt auf Einwegverpackungen, Einweggeschirr und Einwegbesteck Gebühren. Sofern die Speisen und Getränke für den unmittelbaren Verzehr an Ort und Stelle oder als mitnehmbares take-away-Gericht oder -Getränk verkauft werden (z.B. 50 Cent für den Coffee-to-go-Becher). Diese Kosten trägt der/die Endverkäufer:in. Von der oben beschriebenen Steuer befreit sind Mehrwegverpackungen, deren Verwendung durch die neue Satzung gefördert werden soll.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Stadtverwaltung:

1. Wie bewertet die Stadtverwaltung die Verpackungsmüll- und Einwegmüllsituation in Halle?
2. Welche Kosten durch diesen Müll entstehen jährlich für die Stadt?
3. Wie bewertet die Stadtverwaltung die Verpackungssteuersatzung der Stadt Tübingen? (Besonders für die Bereiche Müllvermeidung, Umweltschutz, Stärkung/Schwächung des Einzelhandels, Möglichkeit der Umsetzung in Halle)
4. Sind aus Sicht der Stadtverwaltung o.g. Maßnahmen auch in Halle umsetzbar? Was sind aus Sicht der Verwaltung die Für und Wider?
5. Plant die Stadtverwaltung zusätzliche Förder- und Beratungsangebote als die in der Abfallberatung bisher stattfindenden, um den Verpackungsmüll im Stadtgebiet zu reduzieren?

gez. Eric Eigendorf  
Vorsitzender  
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

Dr. Silke Burkert  
Umweltpolitische Sprecherin  
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)